Teilnehmerbeschränkung: min. 12 Personen

Teilnahmegebühr: 59,00 € (inklusive Pausenimbiss)

Anmeldeschluss: 18.01.2013

Eine Absage der Veranstaltung bleibt vorbehalten, eine bereits entrichtete Teilnahmegebühr wird erstattet. Ihre Anmeldung betrachten wir als verbindlich. Bei Absagen innerhalb von 7 Tagen bis Veranstaltungsbeginn ohne Ersatzteilnehmer erheben wir eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 50% der Teilnahmegebühr.

Anmeldung postalisch, per Fax oder formlos per E-Mail an fortbildung@gsofa.de

Bezahlung durch Überweisung oder Barbezahlung

qSofa GmbH Veranstalter:

Bachstr. 35

76287 Rheinstetten Tel. 07242/933024 Fax 07242/939991 info@gsofa.de

Ansprechpartner: Jasmin Hüttenberger

Mobil 0177/3062016 Margarete Lorinser Mobil 0170/6213462

Raiffeisenbank Südhardt eG BLZ 66562053 Konto 2681005

### Referentin:

Gila Schindler

Rechtsanwältin für Sozialrecht Dozentin für Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe, des allgemeinen Sozial- und Verwaltungsrechts und der Eingliederungshilfe

Wo? Bachstr. 35 76287 Rheinstetten qSofa GmbH

### Anreise

- Bahn Linie S2 der KVV. Endhaltstelle Rheinstetten "Bach West", 3 Minuten Fußweg
  - **PKW** B 36 aus KA oder RA kommend, von RA die erste Ausfahrt, von KA die letzte Ausfahrt Rheinstetten-Mörsch (bei der Shell-Tankstelle), entlang der Bahnlinie bis zur Endhaltestelle/Bachstraße dort links einbiegen



\*Die Erhebung von personenbezogenen Daten erfolgt nach den Datenschutzrichtlinien und dient ausschließlich internen Veranstaltungszwecken. Eine Weitergabe erfolgt nicht.

®gSofa 2012



# Fortbildungsveranstaltung

Frühe Hilfen und das **Bundeskinderschutzgesetz:** Wie interdisziplinäre Zusammenarbeit unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen gelingen kann

> Freitag 25. Januar 2013 09:30 Uhr - 12:30 Uhr

> > Referent:

### Gila Schindler

Rechtsanwältin für Sozialrecht Dozentin für Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe

> 76287 Rheinstetten Bachstraße 35

# Das Bundeskinderschutzgesetz: welche rechtlichen Grundlagen gibt es für die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Bereich Frühe Hilfen

Kaum ein Thema bewegt Fachkräfte und andere Betroffene, die sich im Kinderschutz und bei der Gründung der Netzwerke Frühe Hilfen engagieren so stark wie die Frage, wie die interdisziplinäre Zusammenarbeit gelingen kann, wenn zugleich die informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen ernst genommen wird.

Spätestens dann, wenn Kooperation konkret wird, um ein Kind vor Gefahren für sein Wohl zu schützen und der der Verdacht einer Gefährdung abgeklärt werden muss, stellt sich die Frage, ob und inwieweit mit anderen Fachkräften, Stellen, Betroffenen über den Einzelfall überhaupt kommuniziert werden darf. Einfache Lösungen nach dem Motto "Kinderschutz geht vor Datenschutz" sind nicht ausreichend und ihre rechtliche Fragwürdigkeit ist offensichtlich.

Effektive Kooperation, als Grundlage der Netzwerke Frühe Hilfen, benötigt jedoch Rechtssicherheit und Fachkräfte, die sich über die Möglichkeiten und Grenzen von Kooperation im Klaren sind. Die Rechtsgrundlagen der Datenübermittlung sind für die Arbeit essentiell.

Mit dem Bundeskinderschutzgesetz hat der Gesetzgeber ausdrücklich das Ziel verfolgt, gerade dem Thema der interdisziplinären Kooperation in den Frühen Hilfen und beim Kinderschutz durch Normierung ausdrücklicher Rechtsgrundlagen zur Datenübermittlung die erforderliche Rechtssicherheit zu verschaffen.

Die Fortbildung schafft die Möglichkeit Klarheit in diesem Bereich zu gewinnen. Fallbezogen und in verständlichen Worten werden die Inhalte des Bundeskinderschutzgesetzes dargestellt. rechtmäßigen soweit Fragen der Datenübermittlung betroffen sind und konkret in den Kontext interdisziplinärer Kooperation gestellt werden. Dabei wird der Schwerpunkt auf die Frage gelegt, welche Auswirkungen die gesetzlichen Regelungen auf die Arbeit der Netzwerke Frühe Hilfen haben und wie die einzelnen Protagonisten im Netzwerk selbstbewusst ihre Rolle finden können.

### Referentin

### Gila Schindler

Studium der Sozialarbeit/ Sozialpädagogik in Berlin an der Alice-Salomon FH (Vordiplom); anschließend Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und in England/University of East Anglia, 1. und 2. Juristisches Staatsexamen; ab 2004 Referentin für Kinder- und Jugendhilferecht zunächst beim Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. in Heidelberg anschließend als Regierungsrätin Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin (2005-2010).

Seit 2010 selbständige Rechtsanwältin für Sozialrecht in der Sozietät BERNZEN SONNTAG Rechtsanwälte in Heidelberg mit Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilferecht und Eingliederungshilfe.

Regelmäßige Tätigkeit als Dozentin für Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe, des allgemeinen Sozial- und Verwaltungsrechts sowie der Eingliederungshilfe.

# Zielgruppe:

- Insbesondere alle Mitarbeiter/innen im Bereich der Frühen Hilfen
- Erzieher/innen in Krippen und in Tageseinrichtungen
- Fachkräfte der Jugendhilfe und Jugendarbeit
- Schulsozialarbeit
- Lehrkräfte

# Veranstaltungsziel:

- Erwerb grundlegender Kenntnisse zum Thema "Bundeskinderschutzgesetz"
- Realistische Einschätzung und Auseinandersetzung der Möglichkeiten und Grenzen, eigene Haltung
- Professionelleres Handeln innerhalb der gesetzlichen Regelungen
- Sensibilisierung zur Thematik